Gesetz- und Verordnungsblatt



Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin · Herausgeber: Senatsverwaltung für Justiz

60. Jahrgang Nr. 5 Berlin, den 6. Februar 2004

A 3227 A

Inhalt

1. 7. 2003	Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans X-77-1 im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Nikolassee	69
6. 1. 2004	Verordnung über die Verlängerung der Veränderungssperre 6-5B/31 im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Lankwitz	70
20. 1. 2004	Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans 11-2 im Bezirk Lichtenberg von Berlin, Ortsteil Alt- Hohenschönhausen	71
21. 1. 2004	14. Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung	72

Verordnung

über die Festsetzung des Bebauungsplans X-77-1 im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Nikolassee

Vom 1. Juli 2003

Auf Grund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2850/2852) in Verbindung mit § 6 Abs. 5 und mit § 11 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AG BauGB) in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578) wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan X-77-1 vom 14. August 2001 mit Deckblatt vom 20. Februar 2003 für die Grundstücke Kirchweg 6, Pfeddersheimer Weg 69 und Potsdamer Chaussee 43 (teilw.) im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Nikolassee wird festgesetzt.

Er ändert teilweise den durch Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplanes X-77 im Bezirk Zehlendorf, Ortsteil Nikolassee vom 16. Juni 1975 (GVBl. S. 1506) festgesetzten Bebauungsplan.

§ 2

Die Urschrift des Bebauungsplans kann beim Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Abteilung Bauen, Stadtplanung und Naturschutz, Bauordnungsamt – Fachbereich Vermessung –, beglaubigte Abzeichnungen des Bebauungsplans können beim Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Abteilung Bauen, Stadtplanung und

Naturschutz, Bauordnungsamt – Fachbereiche Stadtplanung und Bauaufsicht –, während der Dienststunden kostenfrei eingesehen werden.

§ 3

Auf die Vorschriften über

- die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
- das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Abs. 4 des Baugesetzbuchs)

wird hingewiesen.

\$ 4

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will. muss

- eine Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Baugesetzbuchs bezeichnet oder die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind, innerhalb eines Jahres,
- 2. Mängel der Abwägung innerhalb von sieben Jahren

seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach § 215 Abs. 1 des Baugesetzbuchs und nach § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs ist die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften sowie des Abwägungsgebots nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

8 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetzund Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 1. Juli 2003

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Weber

Stäglin

Bezirksbürgermeister

Bezirksstadtrat

Verordnung

über die Verlängerung der Veränderungssperre 6-5B/31 im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Lankwitz

Vom 6. Januar 2004

Auf Grund des § 16 Abs. 1 und des § 17 Abs. 1 Satz 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2850/2852), in Verbindung mit § 13 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AG BauGB) in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578) wird verordnet:

§]

Die durch Verordnung vom 5. November 2002 (GVBl. S. 373) erlassene Veränderungssperre 6-5B/31 wird um ein Jahr bis zum Ablauf des 11. Februar 2005 verlängert.

§ 2

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetzund Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 6. Januar 2004

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Weber

Stäglin

Bezirksbürgermeister

Bezirksstadtrat

Verordnung

über die Festsetzung des Bebauungsplans 11-2 im Bezirk Lichtenberg von Berlin, Ortsteil Alt-Hohenschönhausen

Vom 20. Januar 2004

Auf Grund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2850/2852), in Verbindung mit § 6 Abs. 5 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan 11-2 vom 10. Juli 2003 für das Gelände zwischen Feldtmannstraße, dem Grundstück Feldtmannstraße 49-51, der ehemaligen Trasse der Niederbarnimer Eisenbahn und der Bezirksgrenze im Bezirk Lichtenberg, Ortsteil Alt-Hohenschönhausen, wird festgesetzt.

§ 2

Die Urschrift des Bebauungsplans kann beim Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Amt für Planen und Vermessen, Fachbereich Vermessung, beglaubigte Abzeichnungen des Bebauungsplans können beim Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Amt für Planen und Vermessen, Fachbereich Stadtplanung, und im Bau- und Wohnungsaufsichtsamt, kostenfrei eingesehen werden.

§ 3

Auf die Vorschriften über

- die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
- 2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Abs. 4 des Baugesetzbuchs) wird hingewiesen.

§ 4

- (1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss
- eine Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften, die in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Baugesetzbuchs bezeichnet oder die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind, innerhalb eines Jahres.
- 2. Mängel der Abwägung innerhalb von sieben Jahren

seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Lichtenberg von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach § 215 Abs. 1 des Baugesetzbuchs und nach § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften sowie des Abwägungsgebots nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetzund Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 20. Januar 2004

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

Emmrich

 $L\ o\ m\ p\ s\ c\ h\ e\ r$

Bezirksbürgermeisterin

Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung Herausgeber:

Senatsverwaltung für Justiz, Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

Redaktion:

Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin, Fernruf: 90 13 33 80, Telefax: 90 13 20 08

Verlag und Vertrieb:

Kulturbuch-Verlag GmbH, Postfach 47 04 49, 12313 Berlin Hausadresse: Berlin-Buckow, Sprosserweg 3, 12351 Berlin Telefon: 6 61 84 84 oder 6 61 40 02; Telefax: 6 61 78 28 Internet: http://www.kulturbuch-verlag.de E-Mail: kbvinfo@kulturbuch-verlag.de

Bezugspreis:

vierteljährlich 13,30 € einschließlich 7 % Umsatzsteuer bei sechswöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende. Laufender Bezug und Einselhefte durch den Verlag. Preis dieses Heftes 1,30 € zuzüglich Versandspesen (Postbank Berlin, Konto Nr. 87 50 - 109, BLZ 100 100 10)

Druck:

72

H. Heenemann GmbH & Co., Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin

Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin 60. Jahrgang Nr. 5 6. Februar 2004

14. Verordnung

zur Änderung der Arbeitszeitverordnung

Vom 21. Januar 2004

Auf Grund des § 35 Abs. 1 und 5 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung vom 19. Mai 2003 (GVBl. S. 202), geändert durch Artikel III des Gesetzes vom 2. Oktober 2003 (GVBl. S. 486), wird verordnet:

Artikel I

Die Arbeitszeitverordnung in der Fassung vom 21. November 1995 (GVBl. S. 790), zuletzt geändert durch Artikel I der Verordnung vom 22. Juli 2003 (GVBl. S. 290), wird wie folgt geändert:

- 1. In § 1 Abs. 4 werden die Sätze 3 und 4 aufgehoben; die bisherigen Sätze 5 und 6 werden zu Sätzen 3 und 4.
- 2. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 - "(2) Die regelmäßige Arbeitszeit für Beamte im Sinne von § 102 des Landesbeamtengesetzes beträgt nach § 1 Abs. 1 im Durchschnitt 40 Stunden in der Woche. Bei einer durchgehenden Arbeitszeit von mehr als sechs Stunden ist nach § 4 Abs. 2 eine Pause einzulegen, die mindestens 30 Minuten beträgt. Für die in Satz 1 genannten Beamten, die regelmäßig Schicht-, Wechsel- oder ähnlichen Dienst leisten, tritt an die Stelle der regelmäßigen Arbeitszeit zuzüglich der Pausenzeiten die regelmäßige Anwesenheitszeit. Diese beträgt für den Dienst in Direktions- und Einsatzhundertschaften im Durchschnitt 41, im Übrigen 41,5 Stunden in der Woche."
 - b) Es wird folgender neuer Absatz 3 angefügt:
 - "(3) Für Beamte im Sinne von § 102 des Landesbeamtengesetzes, die regelmäßig Schicht-, Wechsel- oder ähnlichen Dienst leisten, finden Absatz 2 Satz 2, § 1 Abs. 4 und § 4 Abs. 2 keine Anwendung."

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. März 2004 in Kraft.

Berlin, den 21. Januar 2004

Der Senat von Berlin

Klaus Wowereit Dr. Körting

Regierender Bürgermeister Senator für Inneres